



Gilbert Siegler, Sprecher des Hamburger Energietischs e. V.

Braamwisch 41, 22175 Hamburg

Telefon: 0176 510 19 592

An die Sprecherin des Vorstands
der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Frau Tanja Gönner

Dag-Hammarskjöld-Weg 1 - 5

65760 Eschborn

Betrifft: [GIZ-Projekt „Nutzung von Busch-Biomasse“](#)
Bush Control and Biomass Utilisation (BCBU)

Projektnummer: 2017.2064.8

Laufzeit: Gesamtvorhaben: 14.10.2013 - 31.12.2021;

Aktuelles Projekt: 01.01.2018 - 31.12.2021

Ansprechpartner: Johannes Laufs johannes.laufs@giz.de

Sehr geehrte Frau Gönner,

die Unterzeichnenden – umwelt- und entwicklungspolitische Verbände sowie einschlägig erfahrene Wissenschaftler und Einzelpersonen – sind in Sorge über Entwicklungen im [GIZ-Projekt „Nutzung von Busch-Biomasse“ \(BCBU\)](#).

Wir möchten Sie hiermit als Vorstandssprecherin der GIZ über unsere Kritik an dem Vorhaben informieren und um eine kritische Prüfung sowie eine entsprechende Reaktion bitten. Wir befürchten, dass die Umsetzung des Projektes auf der Basis von falschen Annahmen schwere Schäden für Mensch und Natur in Namibia nach sich ziehen könnte. Im Folgenden erlauben wir uns, Ihnen unsere Kritik zu erläutern.

1. Einseitiger Prüfprozess

Wir sind auf das Projekt BCBU aufmerksam geworden durch einen Hinweis auf das [Dossier](#), „Transkontinentale Biomassepartnerschaft Namibia – Hamburg“ mit dem Datum 18. April 2019, das die GIZ und der GIZ-Dienstleister [IfaS](#) erstellt haben. Den meisten von uns wurde dieses Dossier erst nach dem Abschluss eines [Memorandum of Understanding](#) (2. Juni 2020) zwischen der Hamburger Umweltbehörde BUKEA und IfaS bekannt.

Laut einer [Pressemeldung](#) der Hamburger Umweltbehörde (BUKEA) vom 12. Mai 2020 prüfen „die Umweltbehörde und die Wärme Hamburg GmbH gemeinsam mit der Wissenschaft“ die effiziente Nutzung und Verwertung von Biomasse aus Namibia in Hamburg. Ergebnisse dieses nicht öffentlichen Prüfprozesses sollen erst Mitte 2021 vorgestellt werden.

Nach einer [Erklärung des Hamburger Senats](#) soll es im Rahmen des Memorandums um einen „ergebnisoffenen Prüfprozess“ gehen. Die im Prüfprozess eingesetzten Arbeitsgruppen wurden jedoch extrem einseitig und fast ausschließlich mit Befürworterinnen und Befürwortern des Imports von Busch-Biomasse aus Namibia nach Hamburg besetzt. Die drei Personen, die zu einer Eröffnungs-Videokonferenz hinzugezogen worden waren, obwohl sie, wie die Einladenden erst hinterher feststellten, dem Vorhaben kritisch gegenüberstehen, wurden zu weiteren Videokonferenzen und zu Arbeitsgruppen nicht mehr eingeladen. Die Verantwortung dafür trägt in erster Linie IfaS, das nach eigener Aussage die „Partnerschaft mit Hamburg“ unter Mitwirkung der Verantwortlichen der GIZ organisiert.

Bemerkenswert ist, dass in diesem Prüfprozess kein einziger anerkannter und in Hamburg aktiver Umweltverband vertreten ist, teils, weil frühzeitig erhebliche Vorbehalte gegen dieses Vorhaben bestanden, teils, weil keine Einladung erfolgte.

2. Vorbehalte zahlreicher umwelt- und entwicklungspolitischen Verbände

Eine wissenschaftlich gestützte Überprüfung des vorgeschlagenen Imports von namibischem Buschholz zum Zweck einer energetische Verwertung in Hamburg führte zu einer [Gemeinsamen Stellungnahme](#) von deutschen und international aktiven umwelt- und entwicklungspolitischen Verbänden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die in Verbindung mit einer [Presseerklärung](#) am 9. Oktober 2020 veröffentlicht wurde. Die Verbände fassten die Ablehnung eines Einsatzes von namibischem Buschholz in Hamburg so zusammen:

„Mit dem von ihnen verfolgten Projekt führen die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ) und die Hamburger Umweltbehörde (BUKEA) Hamburgs Wärmeversorgung auf den Holzweg. Hier soll die klimaschädliche und sozial höchst problematische Steinkohle durch eine nicht minder problematische Biomasse-Verbrennung ersetzt werden.“

Hervorzuheben ist, dass nicht hinreichend geklärt zu sein scheint, ob eine Entbuschung überhaupt eine ökologisch angemessene Reaktion auf die zu beobachtenden Vegetationsveränderungen darstellt. Es bestehen Zweifel daran, ob in die Prüfung der Umweltverträglichkeit die gesamte relevante wissenschaftliche Literatur einbezogen wurde.

3. Bedenkliche Vorgehensweise der GIZ-Projektleitung in Namibia

Die vom GIZ-Projekt und auch von der Hamburger Umweltbehörde zu vertretende Vorgehensweise einer sehr unausgewogenen Beteiligung, die in Punkt 1 beschrieben wurde, lässt sich offenbar in anderer Form auch in der Arbeit des Projekts in Namibia feststellen. Es gibt Hinweise darauf, dass dort über eine Reihe von Jahren nach einer von Kritikern als „Elite Capture“ bezeichneten Methode unterstützende Organisationen, Verbände und Personen auch mit Hilfe von Gefälligkeiten für das Projekt als Unterstützende „gewonnen“ wurden, während

die Öffentlichkeit und sogar einige betroffene Ministerien bis vor kurzem nichts von der Absicht einer Industrialisierung der Buschernte mit dem Ziel eines großvolumigen Exports von Buschholz erfuhren. Wir verzichten hier darauf, umfangreiche Belege aufzuführen.

Die Projektverantwortlichen gaben systematisch Studien in Auftrag, um den Nutzen einer großflächigen industrialisierten Buschholzernte für den Export in den globalen Norden zu bestätigen. Zu den Auswirkungen dieser Industrialisierung auf den Arbeitsmarkt Namibias, wurden dagegen keinerlei grundlegende Untersuchungen in Auftrag gegeben. Vor dem Hintergrund einer hohen und wachsenden Arbeitslosigkeit, die zu den größten Problemen Namibias zählt, ist diese Vorgehensweise aus unserer Sicht unverantwortlich. Es ist offensichtlich, dass die Einführung einer hochproduktiven Buschernte, bei der nur wenige Arbeitskräfte benötigt werden, sehr starke Rückwirkungen auf die bisherige manuelle Buschernte, die vor allem der Erzeugung von Holzkohle dient, haben muss. Eine kurz gefasste Kritik der Auswirkungen auf den namibischen Arbeitsmarkt findet sich [hier](#).

4. Täuschung der Öffentlichkeit hinsichtlich der Klimawirkung

Zur Überprüfung der Klimawirkung von großflächigen Entbuschungs-Maßnahmen in Namibia ließ das GIZ-Projekt eine Studie „Greenhouse Gas Assessment of Bush Control and Biomass Utilization in Namibia“ durch die Forstberatung UNIQUE erstellen ([Langfassung](#), [Kurzfassung](#)). In einer vom anerkannten Umweltverband Hamburger Energietisch e. V. in Auftrag gegebenen [Studie](#) [Rabenstein 2020] wurden mehrere bedeutende Mängel in dieser UNIQUE-Studie festgestellt. Nach deren Korrektur ergaben sich sehr viel ungünstigere Werte für die Treibhausgas-Emissionen bzw. den vermeintlichen Klimaschutzeffekt als in der UNIQUE-Studie. Der entscheidende Fehler wurde vom Hauptautor der UNIQUE-Studie, M. Seebauer, schriftlich eingeräumt.

Trotz dieses bereits Mitte Juni 2020 vorliegenden Sachstands hielt der GIZ-BCBU Project Advisor for Climate Change, Johannes Beck, bei einer Informations-Veranstaltung in der Namibia University for Science and Technology (NUST) am 5. August 2020 ein Referat zur Bekanntgabe der Ergebnisse der UNIQUE-Studie, in dem er mit keinem Wort darauf hinwies, dass dieser Studie Fehler vorgeworfen werden. Auf diese Weise wurden die Anwesenden falsch informiert. Da die namibische Presse ausführlich über den Inhalt des Referats von Beck berichtete, gingen auch Unternehmen, Regierungsberater und Ministerien seither von diesen falschen Informationen aus. Beispielsweise taucht die UNIQUE-Studie in der [Umweltverträglichkeitsbewertung](#) für das geplante 40 MW-Buschholzkraftwerk in Namibia auf. Der beschriebene Vorgang steht in klarem Widerspruch zu allgemein anerkannten wissenschaftsethischen Grundsätzen und auch zur „Do-no-harm“-Norm der GIZ.

Eine Klärung der Verantwortlichkeiten und eine Bereinigung des Vorgangs wurde von Prof. D. Rabenstein ab dem 6. August 2020 in einem langen Austausch von Emails mit J. Beck und den GIZ-Projektverantwortlichen J. Laufs und F. Gschwender versucht, mit dem bedauerlichen Ergebnis, dass die Verantwortlichen die Fragen von Prof. Rabenstein nicht beantworten wollten, sondern zur Klärung immer wieder auf den Prüfprozess von IfaS und Hamburger Umweltbehörde in Hamburg verwiesen. Dabei ist offensichtlich, dass die Hamburger Umweltbehörde mit dem Referat von Herrn Beck in Namibia nichts zu tun hat.

Der bisherige, diesen Vorgang betreffende Email-Wechsel ist in einem **Annex** zu diesem Schreiben enthalten.

5. Vernachlässigung der Wertschöpfung aus Buschholz in Namibia

Die Zielsetzung des Projekts „Nutzung von Busch-Biomasse“ (BCBU) lautet:

„Ein Biomasse-Sektor, der zur wirtschaftlicher Entwicklung und Wiederherstellung von Weideland beiträgt ist etabliert.“

Für das Erreichen dieser Zielsetzung wäre weder die Errichtung und der Betrieb zahlreicher „Biomasse Industrieparks“ in Namibia, die nur eine geringe Anzahl von Arbeitsplätzen bieten würden, noch ein großvolumiger Export unverarbeiteter Busch-Biomasse nach Europa nötig. Aufgrund des langen Transportwegs und wegen ungelöster Probleme bei der Konditionierung des Buschholzes für europäische Kraftwerke, sind die Aussichten für einen profitablen Buschholzexport ohnehin gering.

Viel stärker könnte Namibia mit Hilfe von verschiedenen, bereits bekannten Arten von stofflicher Nutzung von Buschholz durch regionale Wertschöpfung in Namibia selbst und die Schaffung von Arbeitsplätzen profitieren. Gleichzeitig könnte auf teure Importe verzichtet und dadurch die Außenhandelsbilanz verbessert werden. Weiterverarbeitetes Buschholz könnte beispielsweise genutzt werden, um mit angepasster Technologie menschenwürdige Behausungen für die sehr große Anzahl von Bewohnerinnen und Bewohnern von „informellen Siedlungen“ (Slums) zu errichten.

Durch eine intensive finanzielle Förderung der wissenschaftlichen Basis und der Ausbildung von handwerklich gut geschulten Arbeitskräften in Namibia könnten hier in absehbarer Zeit erhebliche Fortschritte erzielt werden. Gegenwärtig sind dagegen an den namibischen Hochschulen und Entwicklungszentren nicht einmal einfache Laboreinrichtungen zur Untersuchung von Holzprodukten vorhanden. Proben müssen umständlich und teuer zur Analyse ins Ausland geschickt werden. Statt namibische Hochschullehrer zu Kongressen der Holz-Lobby nach Deutschland zu fliegen, sollten ihnen Forschungsaufenthalte an deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen finanziert werden. Von den 10 Mio. €, die das BCBU-Projekt von 2018 bis 2021 zur Verfügung hat, ist aber für die universitäre Forschung bisher nicht viel mehr als etwa ein halbes Prozent zur Verfügung gestellt worden.

Zusammenfassung

Die GIZ strebt an, als Vorreiter und führender Dienstleister für eine nachhaltige Entwicklung wahrgenommen zu werden. Die GIZ nimmt für sich in Anspruch, mit ihrer Arbeit weltweit einen Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030 und der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu leisten. Sie orientiert sich an den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs).

Aus unserer Sicht steht das genannte Projekt in deutlichem Widerspruch zu diesen Zielsetzungen der GIZ. Wir befürchten, dass das Projekt bei einer unveränderten Fortführung dem Staat Namibia eher Schaden als Nutzen bringen wird. Wir sehen die Gefahr, dass durch das Projekt das Ansehen der GIZ und des BMZ beschädigt wird. Von besonderer Bedeutung ist hierbei, dass angesichts der kolonialen Vergangenheit eine unstrittig anerkannte besondere Verpflichtung Deutschlands gegenüber Namibia besteht und daher für keinen anderen Staat eine so hohe Entwicklungsfinanzierung pro Kopf aufgewendet wird wie für Namibia.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn die Ausrichtung des genannten GIZ-Projekts auf die Erschließung einer Rohstofflieferquelle für das deutsche Energiesystem einer Revision unterzogen würde und die Wertschöpfung in Namibia sowie die Verminderung der Arbeitslosigkeit in den Vordergrund gerückt werden würden.

Wir bitten Sie um eine kurzfristige und ergebnisoffene Prüfung des Vorhabens und der von uns vorgebrachten Kritikpunkte.

Wir erwarten, dass die fehlerbehaftete Klimawirkungs-Studie von UNIQUE [Seebauer et al. 2019] innerhalb der nächsten zwei Wochen von der GIZ zurückgezogen wird und dass die falsche Unterrichtung der namibischen Öffentlichkeit wirksam korrigiert wird. Wir sehen zunächst von der Veröffentlichung dieses Briefes und von weiteren Schritten ab, bitten aber darum, dass sich die GIZ kurzfristig zu den angesprochenen Kritikpunkten positioniert.

Mit freundlichen Grüßen

Centre for Economics and Ecosystem Management at Eberswalde University for Sustainable Development and at Writtle University College, Prof. Dr. Pierre Ibisch und Prof. Peter Hobson

Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe (DUH)

Ende Gelände, Ortsgruppe Hamburg

Helene Hohmeier, Vorsitzende der NaturFreunde Hamburg e.V.

Gilbert Siegler, Sprecher des Hamburger Energietischs e. V. (HET)